

Möglicherweise besteht auch ein Zusammenhang von den beschlossenen Sozialleistungsausschlüssen von Light-Geduldeten oder unter dem GEAS-Regime Unerwünschten mit auch hierzulande Platz greifenden Interessen, Systeme laufenden Nachschubs für Plattformökonomien, Sub-Sub-Ausbeutungsverhältnisse und Tagelöhneri in einem Maß auszubauen, wie sie in anderen Weltenorten längst die Lohnarbeitswirklichkeiten kennzeichnen? Wer in solchen Sektoren der Schattenwirtschaft von der Hand in den Mund, ohne Krankenversicherung, ohne gewerkschaftlichen Beistand, regelmäßig ohne Anspruch auf Sozialstaatsleistungen und mithin ohne Alternativen überleben muss, soll möglichst gar keine Sprachkompetenz generieren. Denn die ist schließlich auch der Schlüssel, sich zu empowern, Unterstützung zu generieren, sich zu vernetzen und zu wehren. In der Arbeitsausbeutungswelt eines sozial isolierten und ökonomisch prekarierten, immer verfügbaren oder bei Obsoleszenz auf Grundlage von allenfalls light-Duldungen jederzeit externalisierbaren migran-tischen Subproletariats wäre die Beherrschung der deutschen Sprache in der Tat ein Störfaktor.

Vor solchem Hintergrund gerät der republikweit ausgebrochene Sturm der Ent-rüstung über die Pläne von BMI und BAMF, den Zugang zu Integrationskursen für zahlreiche Geflüchtete zu verschließen, zu einem besonderen antidiskriminierenden Anliegen und erhält über den Aspekt der Partizipation an Integrationsförderung hinausgehende gerechtigkeitspolitische Bedeutung.

Martin Link ist Redakteur des Magazins Der Schlepper. www.frsh.de/schlepper

Einsame Klasse

Alina Schwermer

Das Ankommen in der Gesellschaft hängt von Bildung und Profitabilität ab. Ein Essay über Integration und sozialen Status.

Anfang 2025 sitze ich in einer Gemeinschaftsunterkunft in einem niederländischen Dorf. Draußen nieselt es, drinnen hat sich die Familie rund um Berge ukrainischer Köstlichkeiten versammelt; Schichtsalate, Fleisch in Teigtaschen, süßer Wein. Es ist eine befreundete geflüchtete Familie, die es in Deutschland nicht geschafft hat, oder vermutlich hat es Deutschland nicht geschafft. Das hat auch mit Klasse zu tun. Schon in der Ukraine lebten sie in bitterer Armut, ohne formelle Qualifikationen, teils analphabetisch. Ihr Umfeld war geprägt von Ausgrenzung.

Ich habe sie als Übersetzerin begleitet. In Deutschland wuchsen die Schulden schnell über den Kopf. Strafbefehle wegen Kleindiebstählen, Geldstrafen wegen der Diebstähle und mehr Schulden. Pfändungsdrohungen, verpasste Jobcentertermine, Sprachkurse besuchte kaum jemand. Eine beschämte Flucht zurück in die Ukraine. Dann Polen, jetzt die Niederlande. Eigentlich wollen sie einfach heim.

Und ich denke: Wir müssen über Flucht und Klasse reden.

Ich habe seit 2015 mehrere Jahre syrische Mädchen betreut, ab 2022 für Ukraineerinnen übersetzt, und über Reisekontakte begleite ich seit Langem die Wege emigrationswilliger Freunde. Aber in den wohlmeinenden Reportagen bürgerlich-liberaler Medien zu zehn Jahren Fluchtsommer finde ich die Erfahrungen hochprekärer Milieus nicht wieder.

Wir müssen über Flucht und Klasse reden

Dossier zum Flüchtlingsommer 2015

Seit dem Fluchtsommer 2015 stemmt sich die deutsche Politik gegen das Ankommen der Geflüchteten: mit Arbeitsverboten, Wohnsitzauflagen, unterfinanzierten Integrationskursen genauso wie mit rassistischen Debattenbeiträgen. Und doch haben es Millionen Geflüchtete geschafft, ihren Platz in diesem Land zu finden – und jeden Tag werden es mehr. Sie finden Wohnungen, Jobs, Freund*innen und manchmal auch die Liebe. Sie lassen sich einbürgern, gehen wählen, gründen Betriebe. Sie werden Teil dieser Gesellschaft. Allen Widerständen zum Trotz.

Sie porträtieren verlässlich bürgerliche Geflüchtete: syrische Ärzt*innen, afghanische Schriftsteller*innen, ukrainische Ingenieur*innen. Engagierte und makellose Protagonist*innen, im Geschmack verdächtig ähnlich den Leser*innen. Seht her, sagen diese Geschichten, wir profitieren von Zuwanderung. Die wachsende faschistoide Öffentlichkeit dagegen thematisiert obsessiv Karikaturen von Armut, „soziale Hängematte“, „kriminelle Clans“ und so fort. Seht her, sagen sie, wir profitieren nicht von Zuwanderung.

Es ist verführerisch, das als Gegensätze zu erzählen, aber es sind zwei Seiten derselben Medaille. Für beide Seiten ist nach Jahrzehnten Klassenhass letztlich nur eine Sorte Migrant*innen akzeptiert: jene, die wirklich gar keine Angriffsfläche bieten. Gebildet, bürgerlich, angepasst und auf jeden Fall ausreichend profitabel für die weiße Gesellschaft. Deutschland nicht als

Staat mit menschenrechtlichen Pflichten, sondern als Firma mit Fachkräftemangel.

Natürlich ist das Narrativ auch großer Selbstbetrug. Denn auch die ausländische Arbeiterklasse sucht man in Wahrheit dringend, um sie auf Feldern und Schlachthöfen auszubeuten. Doch diese Menschen sollen unsichtbar schufteten und dann verschwinden. Armut, die den Sozialstaat nichts mehr kostet. Einmal Sklaverei to go. Bleiberecht oder gar Stimmrecht sind vor allem der Mittelschicht vorbehalten (siehe S. 13).

Und wenn schwer armutsbetroffene Menschen bleiben, kommen ihre

denen Ländern, die dort zitiert wurden, zeigen: Geflüchtete aus der Ober- und Mittelschicht waren weniger sozial isoliert. Dank internationaler Netzwerke und höherer Bildung konnten sie leichter für ihren Lebensunterhalt sorgen. Sie blieben eher im Aufnahmeland, investierten emotional und engagierten sich politisch, statt anderswo neu anzufangen.

Die syrischen Mädchen, mit denen ich Deutsch übte und Ausflüge machte, stammten aus Mittelklassefamilien. Auch für sie war es brutal schwer. Als Frauen in teils strenggläubigen Familien reproduzierten sie oft das religiöse Patriarchat.

das waren auch für gebildete Geflüchtete oft die anderen, die Rassifizierten und die Armen. Wenn ich Jobperspektiven für gering qualifizierte Geflüchtete suchte, reduzierte es sich schnell auf Putzen, Feldarbeit, Fabrik oder Küchenhilfe.

Menschen aus dem Umfeld der eingangs genannten Familie erzählten mir oft, wie sie sich schämten, auf Sozialleistungen zu sitzen, unternahmen aber wenig, etwas daran zu ändern. Schwere Marginalisierung erlaubt oft kein Planen für Qualifizierung. Es zählt, was heute am meisten Geld bringt. Sie blickten passiver, misstrauischer auf die Gesellschaft – und waren weniger geblendet von Lohnarbeit.

Vielen Dank!

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor*innen, Fotograf*innen und allen anderen, deren Engagement dazu beiträgt, dass dieses Magazin regelmäßig eine breite Palette von Themen der Migration und Flüchtlingsolidarität im nördlichsten Bundesland und weit darüber hinaus behandeln kann.

Als kleiner Verein sind wir auf die Mitarbeit der zahlreichen Ehren- und Hauptamtlichen angewiesen, die ihre Zeit für das Magazin „Der Schlepper“ verwenden. Daher möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, sich an der Gestaltung von „Der Schlepper“ zu beteiligen. Vorstellungen von besonderen Initiativen, Berichte über aktuelle Entwicklungen und Essays über spannende (Flucht-)Geschichten sind uns stets willkommen.

Die Redaktion von „Der Schlepper“
schlepper@frsh.de

Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein

Geschichten selten vor. Weil Linkliberale sich sorgen, angreifbare Protagonist*innen könnten rechte Narrative befeuern. Und vielleicht auch, weil sie selbst lieber in der Theorie und mit Sicherheitsabstand solidarisch sind. Doch dieser Scheuklappenblick auf bürgerliche Migrant*innen befeuert das faschistoide Narrativ vom Nützlichling oder Schädling. Und macht andere Erfahrungen unsichtbar.

Bürgerliche Fähigkeiten als Ressource

Es ist keine so steile These, dass in Deutschland, wo nachweislich soziale Klasse stark die Chancen beeinflusst, der Status vor der Flucht einen Einfluss hat. Ein Workshop des Max-Planck-Instituts aus dem Jahr 2019¹ fasste zusammen: Ein höherer sozialer Status erleichtert oft die Ankunft. Studien aus verschiede-

nen sie brachten bürgerliche Fähigkeiten mit: Sie wussten, wie man in der Schule glänzt und wie ein Sportverein funktioniert, wie man groß träumt. Sie hatten das Selbstbewusstsein von Menschen, die in ihrer Heimat Teil der Gesellschaft waren. Ihre Geschichten in Deutschland wurden Erfolgsgeschichten. Ähnliches gelang vielen gebildeten, beruflich erfolgreichen Ukrainerinnen.

Sofern man Ankommen anhand von Beruf, Schulerfolg und Spracherwerb misst, wie es der deutsche Staat tut. In Wahrheit natürlich müsste man Ankommen auch anders erzählen: an Freundschaften vor Ort, Offenheit für neue Mentalitäten, Neugierde. Da sähe das Ergebnis differenzierter aus.

Die erfolgreichere migrantische Klasse tritt oft schnell nach unten weiter: Das Kind soll bitte nicht in eine Schule mit vielen ‚Ausländern‘. Die Wohnung bitte nicht neben ‚Ausländern‘. ‚Ausländer‘,

Bürgergeld als bessere Alternative

Denn es gab wenig für sie. Das Bildungsbürgertum findet in der Arbeit Anerkennung, Geld, Aufstieg und Erfüllung. Für sie aber bedeutete sie vor allem Gesundheitsschäden. Bürgergeld schien ihnen die bessere von zwei schlechten Alternativen. Für die Kinder, die kein eigenes Zimmer oder keinen Schreibtisch hatten und in der Schule kaum zu funktionieren wussten, gab es wenig Perspektive auf Bildungserfolg. Flucht verschärft Klassenunterschiede. Für die einen gibt es bei allen Traumata auch eine lohnende Perspektive. Für andere war Heimat die einzige Klammer, die sie mit der Mitte der Gesellschaft verband. Diese Klammer bricht. Und häufiger sagten sie: Die Deutschen wollen uns nicht.

Status, glaube ich, hängt nicht allein vom Geld ab. Viele marokkanische Freunde hatten in ihrer Heimat wenig, auch nach dortigen Maßstäben. Aber sie stammten aus Dörfern, wo alle ähnlich gestellt waren, und haben formale Bildung. Das schafft ein anderes Selbstwertgefühl, auch im Ausland: prekär, aber nicht erniedrigt. Armut als kollektive und politische Erfahrung, nicht als individuelle Scham.

Umgekehrt sind Bildung und Selbstwertgefühl keine Garantie fürs Ankommen. Viele selbst ernannte Expats im Mittelmeerraum² sind völlig unintegriert. Gerade wegen ihrer Privilegien halten sie das nicht für nötig. Und Steuerparadiese schaffen eine ganz neue Klasse von Migrant:innen, die sich um nichts scheren. Es ist also wichtig, dass ein Staat Dinge einfordert. Aber das aktuelle Sanktions-

1 https://www.eth.mpg.de/5287013/news_2019_08_09_01

2 <https://taz.de/Auswandern-nach-Spanien/!611248/>

system ist gemacht gegen Menschen, die ohnehin ausgegrenzt sind.

Geflüchtete dürfen sich keine Fehler leisten. Wer überhaupt eine Chance haben will, muss perfekt sein. Das sortiert vor allem jene aus, die aufgrund ihres Status Fehler machen. Die Termine nicht wahrnehmen, sich nicht eigeninitiativ kümmern, in den sehr schulischen Sprachkursen nicht zurechtkommen und mit ihren Traumata nicht zum Psychologen gehen. Ein einziger Fehler – naiv aufgenommene Schulden, ein Diebstahl, ein Schulabbruch – tritt oft einen Dominoeffekt los.

Es gibt eine Eigenverantwortung und Spielraum dabei. Ich kenne hochprekäre geflüchtete Familien, die es schaffen. „Schaffen“ heißt, die monatliche Kaskade von Katastrophen der Armut zu bewältigen. Den Wohnungsrauswurf, gegen den man sich nicht wehren kann. Den Schulweg ohne Auto im ländlichen Bereich. Familiäre Krisen, bei denen es undenkbar ist, Behörden einzuschalten.

Staatliche Bringschuld und Klassenkampf

Aber nichts an dieser Lage ist zwangsläufig. Teilhabe von Menschen ist auch eine Bringschuld des Staates. Und sie ist realisierbar, viel billiger als die Aufrüstung, die angeblich aus Solidarität mit diesen Geflüchteten stattfindet. Das eigentliche Problem ist, dass man nicht tun will, was nötig wäre.

Konkrete Pflichten wie Sprachkurse, auch mit Sanktionsdruck, helfen. Oft war es einfacher, zu sagen „ihr müsst“, statt mit abstrakter Ethik zu argumentieren. Aber im Gegenzug braucht es Perspektiven: gute Bezahlung und Anerkennung für vermeintlich unqualifizierte Jobs. Prekäre Menschen kommen an, wenn sie nicht mehr prekär sind. So einfach ist das. Wenn wir gefährdende Tätigkeiten auf alle verteilen statt auf die Wehrlosen.

Aber wer kann sich ein humanes Wirtschaften noch vorstellen? Es braucht zudem in diesem unmenschlichen System mehr sozialarbeiterische Begleitung für schwer armutsbetroffene Geflüchtete, statt überforderte Ehrenamtliche. Das hätte viel auffangen können. Es braucht mehr aufsuchende Angebote, etwa niedrigschwelligeres Sprachüben und Hilfe bei der Jobsuche. Und vor allem: mehr Kontakte in die Gesellschaft. Das Gefühl, dass man sie schätzt.

In den Niederlanden läuft es zumindest in diesem Fall besser. Die Unterkunft bietet gute Einzelbetreuung und eine feste Ansprechpartnerin, die Jobs und Sprachunterricht vermittelt – motivierend statt sanktionierend. Manche Frauen haben prekäre Kurzzeitjobs gefunden. Das kleine Kind geht mit Freude in die Kita, auch das ein Erfolg. Sie fühlen sich etwas mehr angekommen. Der Rest ist Klassenkampf.

Alina Schwermer schreibt für die TAZ. www.taz.de



Entrechtet.